

## **Globale Armutsbekämpfung in des Kaisers neuen Kleidern**

Entwicklungspolitischer Strategien im Lichte neuer Mächte

### **1. Globale soziale Ungleichheit**

Österreich gilt weltweit als eines der ökonomisch reichsten Länder der Erde. Dennoch sind 6 Prozent der Bevölkerung manifest arm und 10'00'000 Menschen sind armutsgefährdet.<sup>1</sup> Gleichzeitig hat in der Alpenrepublik das oberste Pro-mille so viel Geldvermögen wie die unteren 50 Prozent. Die vermögensbezogenen Steuern betragen in Österreich nur 0,55 Prozent, im Durchschnitt der EU-15 (vor der großen Erweiterung) 2,05 Prozent, in der Schweiz 2,49 Prozent und in den USA 3,07 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.<sup>2</sup> Nach Schätzungen haben in Österreich zwischen 800'000 und 1'200'000 Menschen legal oder in «Schwarzarbeit» zwei oder mehrere Jobs (Stichwort «working poor»)<sup>3</sup> In Europa lebt 1/6 der Menschen unter der Armutsgrenze.<sup>4</sup>

Im globalen Maßstab sind die Chancen für die Menschen, die von der ungleichen Verteilung von Ressourcen am meisten benachteiligt sind, von existenzieller Bedeutung. Im Jahr 2008 hatte mehr als eine Milliarde Menschen unter Hunger gelitten. Für 2009 konnte die Food and Agri-

---

<sup>1</sup> Profil 2010, S. 18 f.

<sup>2</sup> Linsinger 2007, S. 23.

<sup>3</sup> Mayrhofer, Rexer 2010, S. 53.

<sup>4</sup> Wandler 2010, S. 6. Das bedeutet, dass sie mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommen des jeweiligen Landes ein Auskommen finden müssen.

cultural Organization (FAO) einen «Fortschritt» vermelden: Die Zahl der hungernden Menschen ist auf weltweit 925 Millionen zurückgegangen.<sup>5</sup> Gleichzeitig verfügt 1 % der Weltbevölkerung über 90 Prozent des globalen Geldvermögens.<sup>6</sup>

Der Bericht über die menschliche Entwicklung von UNDP weist auf die auseinandergehende soziale Schere hin und stellt fest: «Die Einkommensunterschiede zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern lag 1820 noch bei 3 zu 1, 1950 bei 35 zu 1, 1973 bereits bei 44 zu 1 und 1992 schließlich bei 72 zu 1.»<sup>7</sup> Jean Ziegler führt nach einem Rückgriff auf Daten des UNDP aus, dass der Besitz der 15 vermögendsten Menschen der Welt das BSP aller Länder Subsaharas mit Ausnahme Südafrikas übersteigt.<sup>8</sup> «Fernab von jeglicher Beachtung durch die Medien sterben jede Stunde über 1.200 Kinder (...). Zwar variieren die Todesursachen, doch in ihrer überwältigenden Mehrheit können sie auf eine generelle Krankheit zurückgeführt werden: Armut», so das Entwicklungsprogramm der UNO.<sup>9</sup> Heute leben 1,8 Milliarden Menschen (ein Fünftel der Menschheit) mit weniger als einem US-Dollar pro Tag (2,5 Milliarden Menschen – das sind etwa 40 Prozent der Weltbevölkerung – müssen mit weniger als zwei US-Dollar am Tag auskommen<sup>10</sup>). Die Vereinten Nationen und ihre 192 Mitgliedstaaten haben sich in ihren Millenniumszielen darauf geeinigt, den Anteil der hungernden Menschen und jener, die von weniger als einem US-Dollar täglich leben

---

<sup>5</sup> FAO online 2010, Wiener Zeitung 2010, S. 7.

<sup>6</sup> David-Freihsl 2010, S. 29.

<sup>7</sup> UNDP 2000, S. 7.

<sup>8</sup> Ziegler 2003, S. 29.

<sup>9</sup> UNDP 2005, S. 1.

<sup>10</sup> UNDP 2005, S. 5.

müssen, bis ins Jahr 2015 auf die Hälfte zu reduzieren.<sup>11</sup> Die Ziele scheinen aus heutiger Sicht nicht erreichbar und einige westliche Staats- und Regierungschefs haben bereits begonnen, den Entwicklungsländern die Verantwortung mit dem Argument der schlechten Regierungsführung zurückzuspielen.

Armut, geringes Einkommen und die staatliche Rohstoffabhängigkeit zählen heute – neben einem komplexen Bündel sich wechselseitig bedingenden anderen Aspekten – zu den zentralen kriegsauslösenden Faktoren. Mitunter hat die Weltbank diese ökonomischen Faktoren für Krieg und Gewalt verantwortlich gemacht.<sup>12</sup>

## 1.1 Ungleicher Welthandel

Diese ungleiche Verteilung ist nicht zuletzt auf die Strukturen des Welthandels zurückzuführen: Der Anteil der 42 ärmsten Länder am Welthandel belief sich 1970 auf 1,7 Prozent, im Jahr 2004 betrug er 0,6 Prozent.<sup>13</sup> Als ideologisches Instrument diente und dient der Neoliberalismus. «Wenn Ungleiches gleich behandelt wird, bleibt es ungleich», so der Schweizer Soziologe Ueli Mäder.<sup>14</sup>

2003 betrug die öffentliche Entwicklungshilfe des Nordens für die 122 Entwicklungsländer 54 Milliarden US-Dollar. Im selben Jahr haben die Entwicklungsländer den Banken des Nordens 436 Milliarden US-Dollar als Schuldendienst überwiesen.<sup>15</sup> Die USA ist der größte

---

<sup>11</sup> UNDP 2003 oder <http://www.un.org/millenniumgoals/>.

<sup>12</sup> World Bank 2003.

<sup>13</sup> Ziegler 2005, S. 32.

<sup>14</sup> Mäder 2009, S. 99, vgl. zum «wenig zivilisierenden Handel» auch Mahnkopf 2007, S. 79 f oder Huffs Schmid 2007.

<sup>15</sup> Ziegler 2005, S. 69.

nationalstaatliche Hilfegeber der Welt. «Die EU», so der Frankfurter Friedensforscher Ernst-Otto Czempel «ist für diesen Zustand der Weltarmut mindest zur Hälfte alleine zuständig» und rechnet weiter: «Wenn die EU jede Kuh mit 2 US-Dollar täglich subventioniert, die Afrikaner südlich der Sahara nur 1 US-Dollar täglich zur Verfügung haben, dann ist hier ganz deutlich zu sehen, wie die Agrarinteressen Europas direkt zur Armut Afrikas beitragen».<sup>16</sup> Die Agrarsubventionen der reichen Länder betragen über 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Dies macht beinahe das Sechsfache der öffentlichen Entwicklungshilfe aus.<sup>17</sup> UNDP bilanziert angesichts der globalen Situation: «Die armen Länder können aus eigener Kraft die strukturellen Zwänge nicht überwinden, die sie in der Armutsfalle gefangen halten, namentlich die Zölle und Subventionen, mit denen die reichen Länder den Marktzugang für ihre Exporte beschränken; Patente, die den Zugang zu lebensrettender Technologie eingrenzen und langfristig nicht tragbare Schulden bei reichen Ländern, Regierungen und multilateralen Institutionen. (...) [D]ie Länder können nicht darauf warten, bis wirtschaftliches Wachstum die benötigten Ressourcen erzeugt. (...) Jetzt ist der Zeitpunkt für die reichen Länder gekommen, ihre Zusagen einzulösen.»<sup>18</sup>

Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger für Wirtschaft und Kenner der internationalen Finanzinstitutionen, meinte: «Die Strukturanpassungspolitik [Anmerkung: des IWF] (...) führt in vielen Ländern zu Hunger und Ausschreitungen; und selbst wenn die Folgen nicht so dramatisch waren, selbst wenn sich die Länder eine Zeit lang ein bescheidenes Wachstum abtrotzen, kamen die Früchte dieser Mühen überproportional den Begüterten in den Entwicklungslän-

---

<sup>16</sup> Czempel 2005, S. 50.

<sup>17</sup> UNDP 2003, S. 16.

<sup>18</sup> UNDP 2003, S. 14 f.

dern zugute, während es den Bedürftigen manchmal noch schlechter ging.»<sup>19</sup>

## 1.2 Strukturelle Gewalt

Johan Galtung bezeichnet die strukturelle oder indirekte Gewalt als eine, «die ohne einen Akteur» ausgeübt wird. «Hier tritt niemand in Erscheinung, der einem anderen direkt Schaden zufügen könnte; die Gewalt ist in das System eingebaut und äußert sich in ungleichen Machtverhältnissen und folglich in ungleichen Lebenschancen. Ressourcen sind ungleich verteilt; beispielhaft hierfür stehen die Ungleichheit der Einkommensverteilung und Bildungschancen sowie der Analphabetismus (...) Vor allen Dingen ist die Entscheidungsgewalt bezüglich der Ressourcen ungleich verteilt.»<sup>20</sup>

Die systemimmanent wachsende Ungleichheit und besonders die Kriege der Administration George W. Bushs nach dem 11. September 2001 haben in der Wissenschaft der Internationalen Beziehungen der Debatte unterschiedlichster Konturen und Theorien des Imperialismus eine Renaissance beschert.<sup>21</sup>

## 2. Militär als «Entwicklungshelfer»

Schnee von gestern sind die Zeiten, in denen U2-Frontman Bono, Bob Geldof oder ein breites Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen die Rolle als Ankläger von Politik und Wirtschaft in der Öffentlichkeit als Alleinanspruch in-

---

<sup>19</sup> Stiglitz 2004, S. 13.

<sup>20</sup> Galtung 1975, S. 12.

<sup>21</sup> ten Brink 2008.

ne hatten. «Der Krieg gegen den Terror ist mit dem Krieg gegen die Armut verbunden»<sup>22</sup>, tönte auch General Colin Powell, ehemaliger US-Außenminister und seinerzeitige «Tauben» in der Administration von George W. Bush.

Im Engagement gegen Armut setzt die westliche Staatengemeinschaft auf «die Integration aller Länder in die Weltwirtschaft»<sup>23</sup>. Sowohl die EU als auch die USA erkennen in den Finanzinstitutionen nicht zu hinterfragende Schlüsselinstitutionen der globalen Entwicklung und ihre Bedeutung scheint trotz der Wirtschaftskrise anzusteigen<sup>24</sup>. Der einflussreiche US-Stratege Thomas Barnett hat dargestellt: «Verliert ein Land gegen die Globalisierung oder weist es viele Globalisierungsschritte zurück, besteht eine ungleich größere Chance, dass die Vereinigten Staaten irgendwann Truppen dorthin entsenden werden.»<sup>25</sup> Jean Ziegler, bis 1.5.2008 UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, ortet im gegenwärtigen neoliberalen Weltwirtschaftssystem das Epizentrum dieses Problems: «Im Imperium der Schande, das vom organisierten Mangel regiert wird, ist der Krieg nicht mehr eine zeitweilige Erscheinung, sondern permanent.»<sup>26</sup>

## 2.1 «Versicherheitlichung» der Entwicklungspolitik

Die EU-Sicherheitsstrategie formuliert als Einbahnstraße, dass Sicherheit eine Vorbedingung für Entwicklung ist.<sup>27</sup>

<sup>22</sup> Zitiert nach Bono 2006, S. 11.

<sup>23</sup> Europäische Union 2010.

<sup>24</sup> Szigetvari 2010, S. 24.

<sup>25</sup> Barnett 2003.

<sup>26</sup> Ziegler 2008.

<sup>27</sup> Europäische Union 2003, Abschnitt «Globale Herausforderungen». Diese Auffassung ist mittlerweile nicht nur von Seiten entwicklungspolitischer NGOs erheblich kritisiert und überdacht worden.

Die politische Wegstrecke von EU-SoldatInnen im Kongo, Sudan, Tschad oder am Horn von Afrika im Sinne der «humanitären Hilfe», der «Stabilisierung» oder des US-amerikanisch geprägten Krieges gegen Terrorismus zur militärischen Wahrnehmung von Rohstoffinteressen oder neokolonialen Begehrlichkeiten ist mittlerweile sehr kurz geworden. Afrika wird zum Testgelände für EU-«battle groups» und militärisch dominierte Auslandseinsätze.<sup>28</sup> Der Weg zur Halbierung der Armut gemäß den UN-Zielen scheint den «Umweg» der Schaffung von Sicherheitsapparaten und Staatlichkeit zu nehmen, manchmal auch aus den Mitteln des Entwicklungsfonds. Die Grenzen zwischen «Nation Building» und Imperialstrategien können sehr leicht durchlässig werden. Eine «Versicherheitlichung» der Entwicklungspolitik unter dem Leitbild westlicher Demokratie scheint ein zentrales Modell im Umgang mit gescheiterten oder zum Scheitern gebrachten Staaten zu sein. Dies mag so manchen Georg Büchners politische Flugschrift umdeuten lassen: «Krieg den Hütten, Friede den Palästen»<sup>29</sup>.

Die EU rühmt sich in der Entwicklungszusammenarbeit als größter «global payer» und die Bemühungen werden auf sehr niedrigem Niveau – weit unter den vereinbarten 0,7 Prozent des BSP – intensiviert, ohne jedoch die Wirtschaftsbeziehungen in Grundsätzen in Frage zu stellen. Im Zuge der Herausbildung eines «global player» EU werden nicht nur Auslandseinsätze zur Interessendurchsetzung, sondern auch die Rüstungsagentur Teil der Union, die für die Weiterführung des Trends sorgt, dass die EU-Staaten seit 2005 mehr konventionelle Waffen verkauft haben als Russland oder die USA<sup>30</sup>.

---

<sup>28</sup> Roithner 2008.

<sup>29</sup> Marischka, Wagner 2006, S. 235.

<sup>30</sup> SIPRI 2010, S. 315 f. Die USA weisen Exporte von konventionellen

Der ehemalige österreichische EU-Agrarkommissar und derzeitige Präsident des Ökosozialen Forums Franz Fischler verlangt von Österreich, die vor der UNO getätigten Zusagen einzuhalten, «anstatt sich weiter in kreativer Buchführung zu üben.»<sup>31</sup> Mit «kreativer Buchführung» meint Fischler, dass Österreich den EU-Militäreinsatz im Tschad zu wesentlichen Teilen aus den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit bezahlt. Das ohnehin ständig gekürzte Budget der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit werde dadurch weiter verringert und fehle bei der Armutsbekämpfung. Franz Küberl, Präsident der Caritas Österreich, stellte angesichts einer Debatte über die Entwicklungszusammenarbeit fest: «Die Globalisierung hat einen unumkehrbaren Punkt: Die Armen wissen, wo die Reichen wohnen. Dagegen stehen die Abschottungsversuche der wohlhabenden Länder – auch Österreichs – und deren Sehnsucht nach einem ungestörten Fruchtgenuss des Reichtums.»<sup>32</sup>

In Zeiten mangelnder klassischer militärischer Bedrohungen reicht das Betätigungsfeld der Militärs weit in Bereiche (oder das Militär bemüht sich darum), die grundsätzlich Aufgaben ziviler Institutionen sind (z. B. humanitäre Hilfe, Aufbau nach Nachkriegsgesellschaften, Cyberkriminalität, Migration, Konfliktmanagement in Folge des Klimawandels). Dies bringt eine zum Teil gefährliche Militarisierung ziviler Bereiche und eine fatale Ursachenblindheit mit sich, da sich im Werkzeugkasten des Militärs kaum passende Instrumente befinden. Dennoch ist ein kontinuierlicher Anstieg des Militärbudgets festzustellen.

---

Waffen von 6'795 Mio. US-Dollar, die EU-Staaten von 8'290 Mio. US-Dollar, die Russische Föderation von 4'496 Mio. US-Dollar und China von 870 Mio. US-Dollar aus.

<sup>31</sup> Fischler 2008, S. 21.

<sup>32</sup> Prantner 2008, S. 8.



## 2.2 Globale Ökonomie und Krieg

«Der konkrete Zusammenhang von Wirtschaft und Krieg ist ein vermittelter, denn die Wirtschaft führt nicht unmittelbar zum Krieg. Aber unsere Marktwirtschaft lebt ja von der Konkurrenz, und wenn diese nicht in einen politischen Zusammenhang eingebettet wird, in einen Rahmen welcher der Konkurrenz auch Grenzen setzt, dann führt sie zu immer schärferer Konfrontation. (...) Dann wird die Politik eingeschaltet, und wenn im internationalen Rahmen der Konkurrenz keine Grenzen gesetzt werden, dann führt das eben zum Wirtschaftskrieg. Der Wirtschaftskrieg ist dann doch nur ein paar Schritte entfernt von den ersten militärischen Interventionen zur Rohstoffsicherung hier und den ersten militärischen Interventionen zur Sicherung eigener Bankinstitute dort, die vielleicht vor der Vergesellschaftung stehen»<sup>33</sup>, so der Ökonom Jörg Huffs Schmid in einem Interview aus dem Jahr 2007.

Ein wichtiger Punkt sind die Rüstungsausgaben und ihre globale Verteilung. Die Welt hat noch nie so viel Geld für Rüstung ausgegeben wie heute: Im Jahr 2009 wurden global 1'572 Milliarden US-Dollar für Rüstung bzw. für die Verteidigungsbudgets ausgegeben. Auf die USA entfallen 661 Milliarden US-Dollar, auf die EU-Staaten 297 Milliarden US-Dollar.<sup>34</sup>

Im Hinblick auf den Militäreinsatz der EU vor der Küste Somalias bilanziert die Berliner Ökonomin Birgit Mahnkopf vor dem Hintergrund der geostrategischen Rivalitäten zwischen den USA, der EU und China: «Die globale Sicherheit ist heute weniger durch kriminelle Attacken auf die internationale Schifffahrt bedroht als durch wachsende strategische Rivalitäten, die sich – im Zeichen von

---

<sup>33</sup> Huffs Schmid 2007, S. 61 f.

<sup>34</sup> SIPRI 2010, S. 214.

„peak oil“, Nahrungsmittelkrise, globaler Wirtschafts- und Finanzkrise und vor allem im Kontext der Folgen einer unabwendbaren Umweltkrise – auf die Versorgung von Rohstoffen (Energie, Wasser, Nahrung) konzentrieren sowie auf die Kontrolle der verletzlichen Systeme der Mobilität von Waren-, Kapital- und Menschenverkehr (...) Dabei geht es nicht nur um einen Wettlauf um schrumpfende Märkte und knappe Rohstoffe, sondern ebenso darum, wer in einer multipolaren Welt zukünftig die globalen Normen (...) festlegen wird. Die Herausforderung für eine bislang ausschließlich von westlichen Mächten geprägte Weltordnung durch aufstrebende Schwellenländer (insbesondere durch China)».<sup>35</sup>

### **3. Neuordnung der globalen Kräfteverhältnisse. Vom Ende des Weltordnungsmonopols**

Mit der Wahl von Barack Obama – dem angeblich «europäisch» verorteten US-Präsidenten – schien die Welt für die EuropäerInnen nach den Bush-Jahren und den Kriegen in Afghanistan und Irak wieder in Ordnung. Rasch dämmerte den EuropäerInnen allerdings, dass Obama zweifellos kein Atlantiker ist, sondern der Pazifik eine größere Rolle spielt. Der erste Auslandsbesuch führte «Xilali» – so wird die US-Außenministerin Hillary Clinton in China genannt – ins Reich der Mitte.<sup>36</sup> Europa war verstört, galt doch der erste Auslandsbesuch traditionell einem europäischen NATO-Verbündeten. Ein Trend und ein Bedeutungswandel, den inzwischen zahlreiche Washingtoner außenpolitische Strategiepapiere bestätigen. Wichtige US-Tageszeitung veröffentlichen regelmäßig Appelle zur Aufrüstung der EU,

---

<sup>35</sup> Mahnkopf 2010, S. 140.

<sup>36</sup> Müller 2009, S. 75.

damit Kontinentaleuropa in den Vereinigten Staaten noch ernst genommen wird.

### 3.1 BRIC-Staaten

Im November 2001 hat die Investmentbank Goldman Sachs den rasch wachsenden Wirtschaftsmächten Brasilien, Russland, Indien und China gemeinsam den «saloppen Akronym» BRIC verpasst. 2050 soll Brasilien vom heutigen Platz 10 der Weltwirtschaft auf Platz 4 vorrücken, Russland soll vom heutigen achten Rang im Jahr 2050 auf dem sechsten zu stehen kommen, Indien von Platz 12 in die Top-Five aufrücken und China soll von Rang 4 bereits im Jahr 2035 auf den ersten Rang der globalen Liste der führenden Staaten hinsichtlich des Bruttoinlandsproduktes platziert sein. Deutschland fällt nach den Prognosen von Goldman Sachs auf Rang 12 zurück.<sup>37</sup> Die von Goldman Sachs im Jahr 2003 in der Studie «Dreaming with BRICs: The Path to 2050» aufgestellte These, dass die BRIC-Staaten die G7-Staaten bis 2035 hinsichtlich des aggregierten Bruttosozialproduktes überholen könnten, scheint verifizierbar zu sein.<sup>38</sup> Unter den 4 BRIC-Staaten sind 3 im Rahmen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) – Russland und China als Mitglieder und Indien als Beobachter – verbunden.

Diese Akteure werden auch in der Sicherheitspolitik zweifellos eine bedeutendere Rolle spielen, die über Asien hinausgeht. Dabei geht es um die Konkurrenz, um Absatzmärkte – von Plastikspielzeug bis zu Waffenexporten –, fossile Energieträger, seltene Erden, «land grabbing», billige Produktionsstätten, den «Erwerb» von Stimmanteilen in

---

<sup>37</sup> Szyszkowitz 2009, S. 98 f.

<sup>38</sup> Goldman Sachs 2007, S. 5

internationalen Organisationen, militärische Stützpunkte u.a. China ist nach dem US-Außenpolitik-Strategen Henry Kissinger seit 2001 «derjenige Staat mit dem größten Potenzial, irgendwann in diesem Jahrhundert zum Rivalen der Vereinigten Staaten zu werden»<sup>39</sup>, wenngleich zwischen George W. Bush und Barack Obama vorerst große Unterschiede im Umgang mit China vorherrschen.

### 3.2 Chinas globale Rolle

Der Buchautor und Spiegel-Journalist Erich Follath beschreibt in seiner «Umarmung des Drachen», dass Peking gar nicht daran denke, bewaffnet Konflikte auszutragen.<sup>40</sup> «Aber es stimmt schon: Die Chinesen sind dabei, die Welt zu erobern. Sie tun das höchst erfolgreich mit einer aggressiven Handelspolitik gegenüber dem Westen und Billigkrediten für Afrika und Lateinamerika; mit diplomatischen Daumenschrauben, die sie ihren Partnern anlegen; mit einer an Kulturimperialismus grenzenden Kampagne gegen die von uns als universell empfundenen Menschenrechte – und mit dem größten Soldatenkontingent für UNO-Friedensmissionen unter den Sicherheitsratsmitgliedern. (...) Denn von Pekings Diplomatie lernen heißt siegen lernen. Das gilt für die WTO, für die UNO für andere internationale Organisationen: Überall ist sie dabei, den Westen auszuzumanövrieren».<sup>41</sup>

Die chinesische Handelspolitik mit afrikanischen Staaten kennt beinahe ausschließlich nationale ökonomische Interessen und keinerlei weitere Vorbehalte. Probleme von

---

<sup>39</sup> Kissinger 2001, S. 191.

<sup>40</sup> Ähnlich Paul Kennedy: «Ich glaube nicht, dass China politische Kontrolle über Gebiete ausüben will, die nicht in ihrem historischen Einflussgebiet liegen», Kennedy 2007, S. 118 f.

<sup>41</sup> Follath 2010, S. 92.

Menschenrechten oder Ökologie betrachtet China stets als innere Angelegenheit. China bezieht nicht nur Rohstoffe aus Afrika – mittlerweile kommen etwa 25 Prozent des in China verwendeten Öls aus afrikanischen Bohrlöchern<sup>42</sup> – sondern beliefert auch beinahe alle afrikanischen Länder im Spektrum von Unterhaltungselektronik bis hin zu ganzen Industrie- und Hafenanlagen. China ist auch der wichtigste Waffenlieferant für afrikanische Staaten und nutzt seinen Einfluss, um ebenjenes auch in Zukunft nicht zu verlieren. Eine wirtschaftlich starke, aber politisch uneinige Europäische Union ist in Chinas Interesse.

Besonders die Wirtschafts- und Investitionspolitik Chinas – die Begegnung auf «gleicher Augenhöhe» ohne gegenseitigen Klärung politischer Vorbedingungen – lassen den Einfluss der EU auf Afrika schwinden. Die afrikanischen Staats- und Regierungschefs haben ihre Zeit weniger damit verbracht, sich auf den schmucken Webseiten des «global payers» EU unzählige gemeinsame Absichtserklärungen, Entschlüsse oder Standpunkte downzuloaden, sondern sind stattdessen mit chinesischen Wirtschaftsdelegationen ins Gespräch gekommen. Statt nach «guter Regierungsführung», Abwehr von MigrantInnen und eigennütziger Hilfe unter den Bedingungen der Menschenrechtskonditionalität, fragt Peking nach Investitionsmöglichkeiten, Absatzmärkten und Rohstoffen. Dies tut China nicht ohne neue Abhängigkeitsverhältnisse für afrikanische Staaten im eigenen Interesse voranzubringen. Neue Abhängigkeitsverhältnisse machen sich im Kleid billigen chinesischen Polyacryls statt im feinen Tuch mit altem kolonialen Geruch breit.

Im Jahr 2008 betrug das Handelsvolumen zwischen China und den afrikanischen Staaten 106,8 Milliarden US-

---

<sup>42</sup> ÖSFK / Roithner 2008.

Dollar. Im Jahr 2000 betrug es 10,5 Milliarden US-Dollar.<sup>43</sup> «Rein wirtschaftlich», so der Journalist Robert Poth, «bietet China (und in geringerem Maße auch Indien) Afrika daher nichts anderes als die USA oder die EU – nur mehr davon mit Aussicht auf weitere Steigerung». Allerdings «kaum politische Konditionen außer der Übernahme der Ein-China-Politik, keine Lehrmeisterei, rasche und zuverlässige Umsetzung gegebener Zusagen».<sup>44</sup> Die wachsende Nachfrage aus Ostasien führt auch zu steigenden Preisen für Rohstoffe. Allerdings verdrängen chinesische Unternehmen die afrikanischen KonkurrentInnen von den Märkten und dies betrifft auch afrikanische Exporte.<sup>45</sup> Poth bilanziert: «Bleibt abzuwarten, inwieweit die aufgrund der neuen Beziehungen zu Asien geringere Abhängigkeit von der EU sich auch in einer konsequenten Position gegenüber Brüssel ausdrückt».<sup>46</sup>

Der selbstbewusste südafrikanische Botschafter Abdul Minty beklagt, dass die EU mit fixfertigen Papieren nach Afrika reist. Das Aufschnüren der Position von 27 Staaten in Gesprächen mit einzelnen afrikanischen Ländern ist schwerfällig, die Behäbigkeit gegenüber wirtschaftlich schwachen afrikanischen Rohstoffexporteuren wohl ein Teil der Strategie. Ein weiterer Teil ist die seit dem Kongo-Militäreinsatz 2003 permanente Präsenz von EU-Truppen am afrikanischen Kontinent.

---

<sup>43</sup> Wiener Zeitung 2009, S. 8.

<sup>44</sup> Poth 2007, S. 30.

<sup>45</sup> Poth 2007, S. 30, Khanna 2008, S. 288.

<sup>46</sup> Poth 2007, S. 31.

## 4. Die Rolle der EU

Die Sinnhaftigkeit der Zusammenarbeit europäischer Staaten zur Verhinderung von Krieg – im Innenverhältnis genauso wie nach außen – steht völlig außer Zweifel. Die europäische Integration und die wirtschaftliche Entwicklung seit 1945 hat zweifellos dafür gesorgt, dass heute ein Krieg zwischen Deutschland, Frankreich, England oder Italien auf absehbare Zeit nicht vorstellbar ist. Nur welches Militär für welchen Frieden? Oder ist eine EU als strikt gewaltfrei agierende Gemeinschaft anzustreben, die Sicherheit lieber sozial, ökologisch und über globale Gerechtigkeit definiert?

Seit dem völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg 1999 arbeitet die Union «mit Lichtgeschwindigkeit» (Javier Solana) an der Schaffung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Stichworte Irak-Krieg, Kosovo-Anerkennung, Abrüstung der eigenen Atombombenstaaten oder die Iran-Politik sind nur wenige unter vielen Beispielen, die für die außenpolitische Uneinigkeit stehen. Unvergleichbar mehr Einigkeit – wenngleich zum Teil auch nur auf dem Papier – besteht in militärischen Fragen: Schaffung von «battle groups» für Kampfeinsätze in Wüsten, Gebirge, Dschungel und Städten<sup>47</sup>, über 2 Dutzend zum Teil in der Bevölkerung höchst kontrovers aufgenommene Auslandseinsätze, eine militärische EU-Beistandsverpflichtung (wenngleich der Status des Landes berücksichtigt wird), eine immer loser werdende Bindung an die UNO für militärische Auslandseinsätze oder eine Aufrüstungsverpflichtung samt einer zugehörigen Agentur.<sup>48</sup>

---

<sup>47</sup> Beatty 2004.

<sup>48</sup> Roithner 2008.

## 4.1 Westlicher Interventionismus

Das European Defense Paper – erstellt vom EU-eigenen think tank Institute for Security Studies im Auftrag des EU-Rates – sieht gar EU-Rohstoffkriege an der Seite der USA als künftiges Einsatzszenario: «In einem Staat X am Indischen Ozean haben antiwestliche Elemente die Macht erlangt und benützen das Öl als Waffe, vertreiben westliche Bürger und greifen westliche Interessen an. Darüber hinaus haben sie mit der Invasion des Nachbarlandes Y begonnen, dessen Regime pro-westlich orientiert ist und eine zentrale Rolle beim freien Fluss von Öl in den Westen spielt. [...] Die EU interveniert gemeinsam mit den USA und mit einer starken Streitmacht, um das Land Y zu unterstützen und ihre eigenen Interessen zu schützen. [...] Das militärische Ziel der Operation ist es, das besetzte Territorium zu befreien und Kontrolle über einige der Öl-Infrastrukturen, Pipelines und Häfen des Landes X zu bekommen.»<sup>49</sup> Die EU brauche für derartige Aufgaben eine entsprechende «militärische Eskalationsdominanz».<sup>50</sup>

Wir müssen heute feststellen, dass Konflikte um Ressourcen und geopolitischen Einfluss auch im Kleid der Sicherung der Menschenrechte, Abrüstungskriegen, des «war on terror», der Militärpräsenz in Sinne der Sicherung einer «good governance» oder künftig vielleicht im Gewand der «responsibility to protect» (so genannte Schutzverantwortung) auf uns zukommen.<sup>51</sup>

---

<sup>49</sup> ISS 2004, S. 83 f.

<sup>50</sup> ISS 2004, S. 105.

<sup>51</sup> Roithner 2009, S. 225.



## 4.2. Friedensfähige EU-Sicherheitspolitik

Die 2003 beschlossene EU-Sicherheitsstrategie (ESS) «Ein sicheres Europa in einer besseren Welt»<sup>52</sup> benennt Armut, Hunger, Unterernährung, Flüchtlinge, globale Erwärmung u.v.a. aus guten Gründen als «Globale Herausforderungen». Zivile Herausforderungen verlangen jedoch zivile Lösungen. Dies erfordert eine politische und kapazitätsorientierte Prioritätenumkehr zwischen Militärischem und Zivilem in der EU. Über 100'000 von den Mitgliedstaaten eingemeldete SoldatInnen stehen lediglich 12'486 (Stand vom August 2009) Personen aus dem Zivilbereich<sup>53</sup> gegenüber.<sup>54</sup> Die Aufrechthaltung der klassischen Gebietsverteidigung ist auf absehbare Zeit obsolet. Im Sinne einer friedensorientierten EU-Außenpolitik kann auf offensive Militärkapazitäten gänzlich verzichtet werden. Die frei werdenden Mittel sind in zivile Maßnahmen zum Konfliktmanagement und zur zivilen Krisenprävention umzuleiten. Auslandseinsätze sollten unter der Führung und dem Mandat der UNO stattfinden. Im gleichen Atemzug muss auch klargestellt werden, dass die Zusammensetzung des Sicherheitsrates der UNO den heutigen Prioritäten und Kräfteverhältnissen angepasst werden muss (Afrika, Lateinamerika, arabische Welt). Die Beistandsverpflichtung und die Verpflichtung zur Aufrüstung sind aus dem EU-Verfassungsvertrag auszuschneiden – sie ebnen eher den Weg zum

---

<sup>52</sup> Europäische Union 2003, S. 3.

<sup>53</sup> Ob die 5'761 PolizistInnen reine Zivilkräfte sind oder nicht vielmehr als eine eigene Kategorie zwischen «Zivil» und «Militär» ausgewiesen werden sollten, wird von unterschiedlichen Seiten zur Debatte gestellt. Neben den PolizistInnen sind noch 631 Personen für Rechtstaatlichkeit, 565 für zivile Verwaltung, 5'024 für Zivilschutz und 505 für Beobachtungen von den EU-Mitgliedstaaten eingemeldet. Ebenfalls vorgesehen sind zivile «Special Representative (EUSR) offices».

<sup>54</sup> Europäische Union 2009.

Militärpakt als zur Friedensmacht. Statt AbrüstungsbefürworterInnen faktisch den Rang von VerfassungsgegnerInnen zukommen zu lassen, sollte die Priorität der EU auf der Abrüstung im Rahmen der UNO gelegt werden. Bei den wenigsten globalen Herausforderungen, die im Zuge der Globalisierung hervortreten, kann das Militär eine zentrale Rolle bei der Konfliktlösung spielen. Stattdessen kommt einem breiten Spektrum zivilgesellschaftlicher Akteure – von Entwicklungs-, Friedens-, Umwelt- und Verteilungspolitik – eine vermehrte Bedeutung zu.

## **Literatur:**

- BARNETT, Thomas (2003): Die neue Landkarte des Pentagon (deutschsprachiger Erstabdruck in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Berlin, Mai 2003)  
<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/barnett.html> [Stand: 23.5.2011].
- BEATTY, Andrew (2004): EU to have ‚battle groups‘ by 2007, 5.4.2004, Brussels  
<http://euobserver.com/9/15072?print=1>  
[Stand: 23.5.2011]
- BONO (2006): Vorwort, in: Sachs, Jeffrey D.: Das Ende der Armut. Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt, Pantheon Verlag, München.
- CZEMPIEL, Ernst-Otto (2005): Sicherheit und Sicherheitspolitik Europas, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung/Roithner, Thomas (Hg.): ‚Die Wiedergeburt Europas‘. Von den Geburtswehen eines emanzipierten Europas und seinen Beziehungen zur einsamen Supermacht, Agenda Verlag, Münster, S. 38-59.

- DAVID-FREIHSL, Roman (2010): «Nachhaltig wachsen kann nur Zufriedenheit», in: Der Standard, 18./19.9.2010, Wien, S. 29.
- EUROPÄISCHE UNION (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, 12.12.2003.
- EUROPÄISCHE UNION, Rat (2009): European security and defense policy: the civilian aspects of crisis management, Updates in August 2009, civ/03, Factsheet, Brussels.  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/BackgroundJPO2008-Civilian\\_aspects\\_compressed.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/BackgroundJPO2008-Civilian_aspects_compressed.pdf) [Stand: 23.5.2011]
- EUROPÄISCHE UNION (2010): Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, 2010/C 83/01, 30.3.2010, Artikel 21, 2 e  
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:083:FULL:DE:PDF> [Stand: 23.5.2011]
- FISCHLER, Franz (2008): Auswege aus der Hungerkrise, in: Der Standard, 19./20.4.2008, Wien, S. 21.
- FOLLATH, Erich (2010): Die Umarmung des Drachen. Knebelverträge, Kommerz und Konfuzianismus: Wie «sanft» Chinas die Welt erobert, in: Der Spiegel. Nr. 30/2010, 26.7.2010, Hamburg, S. 92-93.
- FOOD AND AGRICULTURE ORGANIZATION of the United Nations (2010): 925 million in chronic hunger worldwide. Though improved, global hunger level «unacceptable»  
<http://www.fao.org/news/story/en/item/45210/icode/> [Stand: 23.5.2011].
- GALTUNG, Johan (1975): Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Rowohlt, Reinbeck bei Hamburg.

- GOLDMAN SACHS GROUP INC. (2007): BRICs and beyond, Goldman Sachs Global Economics Groups, New York.  
<http://www2.goldmansachs.com/ideas/brics/BRICs-and-Beyond.html> [Stand: 23.5.2011]
- HUFFSCHMID, Jörg (2007): Nichts ist billiger als eine menschliche Bombe, in: Karin Bock-Leitert/Thomas Roithner (Hg.): Der Preis des Krieges. Gespräche über die Zusammenhänge von Wirtschaft und Krieg, Münster, Verlag Monsenstein und Vannerdat, MV Wissenschaft, S. 61-75.
- INSTITUTE FOR SECURITY STUDIES (ISS) (2004): European Defence – A Proposal for a White Paper. May 2004, Paris.  
<http://www.iss.europa.eu/uploads/media/wp2004.pdf>, [Stand: 23.5.2011]
- KENNEDY, Paul (2007): «Wie in einem Affenkäfig», Paul Kennedy im Interview mit Alain Zucker, in: Profil, Nr. 46/2007, 12.11.2007, Wien, S. 116-119.
- KHANNA, Parag (2008): Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung, Berlin Verlag, Berlin.
- KISSINGER, Henry (2002): Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München – Berlin, Propyläen Verlag.
- LINSINGER, Eva (2007): Eingeengte Kampfzone, in: Profil Nr. 27/2007, 2.7.2007, Wien, S. 23.
- MÄDER, Ueli (2009): Globale soziale Ungleichheit versus Verteilungsgerechtigkeit. Zur Interdependenz von Armut und Krieg, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung /Thomas Roithner (Hg.): Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd? Auswege aus der Armutsspirale oder westliche Kriegsstrategien?, 2. Auflage, Lit Verlag, Wien – Berlin, S. 91-103.

- MAHNKOPF, Birgit (2007): Der wenig «zivilisierende» Handel, in: Karin Bock-Leitert, Thomas Roithner (Hg.): Der Preis des Krieges. Gespräche über die Zusammenhänge von Wirtschaft und Krieg, Münster, Verlag Monenstein und Vannderdat, MV Wissenschaft, S. 76-93.
- MAHNKOPF, Birgit (2010): Piraten am Horn von Afrika – Eine neue Gefahr für die globale Sicherheit?, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung / Thomas Roithner (Hg.): Söldner, Schurken, Seepiraten. Von der Privatisierung der Sicherheit und dem Chaos der «neuen» Kriege, 2. Auflage, Berlin – Wien, Lit Verlag, S. 139-164.
- MARISCHKA, Christoph/WAGNER, Jürgen (2006): Europas Platz an Afrikas Sonne, in: Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen (Hrsg.): Welt-Macht EUropa. Auf dem Weg in weltweite Kriege, VSA Verlag Hamburg, , S. 225 – 247.
- MAYRHOFER, Mira/REXER, Andrea (2010): Jobrotation. Fast ein Viertel der Österreicher arbeitet nach Dienstschluss noch weiter, um über die Runden zu kommen, in: Profil Nr. 39/2010, 27.9.2010, Wien, S. 53-56.
- MÜLLER, Gunther (2009): Xilali unterwegs, in: Profil, Nr. 10/2009, 2.3.2009, Wien, S. 75.
- ÖSTERREICHISCHES STUDIENZENTRUM FÜR FRIEDEN UND KONFLIKTLÖSUNG / ROITHNER, Thomas (Hg.) (2008): Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen? Schachspiel der Weltmächte zwischen Präventivkrieg und zukunftsfähiger Rohstoffpolitik im Zeitalter des globalen Treibhauses, Lit Verlag, Münster/Wien.
- POTH, Robert (2007): Neuer Freund, neue Risiken, in: Südwind-Entwicklungspolitik (Hrsg.): Südwind. Magazin für Internationale Politik, Kultur und Entwicklung, Nr. 1 – 2/2007, Wien, S. 30-31.

- PRANTNER, Christoph (2008): «Die Armen wissen, wo die Reichen wohnen». Wie entwickelt sich die Entwicklungshilfe?, in: Der Standard, 19.9.2008, Wien, S. 8.
- PROFIL (2010): Gefahrenpotenzial. Die EU rief 2010 zum Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung aus, Profil Nr. 25/2010, 6.9.2010, Wien, S. 18-19.
- ROITHNER, Thomas (2008): Welches Militär für welchen Frieden? Die militärischen Aspekte der EU-Außenpolitik, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung / Gerald Mader und Thomas Roithner (Hg.): Europäische Friedenspolitik. Inhalt, Differenzen, Methoden und Chancen, Lit Verlag, Münster/Wien, S. 210-245.
- ROITHNER, Thomas (2009): Die Ressourcensicherung von NATO und EU. Sind die transatlantischen Akteure Partner oder Konkurrenten im auslaufenden fossilen Energiezeitalter?, in: Sicherheit + Frieden (S + F): Ressourcensicherheit, Heft 4/2009, Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 220-225.
- STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE (Hg.) (2010): SIPRI Yearbook 2010. Armaments, Disarmament and International Security, Oxford University Press, Oxford/New York.
- STIGLITZ, Joseph (2004): Die Schatten der Globalisierung, TB-Ausgabe, Goldmann, München.
- SZIGETVARI, András (2010): Transatlantischer Machtkampf im Währungsfonds, in: Der Standard, 1.10.2010, Wien, S. 24.
- SZYSZKOWITZ, Tessa (2009): Die neue Weltmacht. Brasilien, Russland, Indien und China, kurz BRIC, holen gewaltig auf und wollten Amerika die globale Vorherrschaft streitig machen, in: Profil, Nr. 26/2009, 22.6.2009, Wien, S. 98-99.

- TEN BRINK, Tobias (2008): Staatenkonflikte. Zur Analyse von Geopolitik und Imperialismus – ein Überblick, Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft, Stuttgart.
- UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME (UNDP), Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.) (2000): Bericht über die menschliche Entwicklung 2000, Deutsche Ausgabe, Berlin.
- UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME (UNDP), Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.) (2003): Bericht für die menschliche Entwicklung 2003. Die Millenniums-Entwicklungsziele: Ein Pakt zwischen Nationen zur Beseitigung menschlicher Armut, Deutsche Ausgabe, Berlin.
- UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME (UNDP), Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.) (2005): Bericht über die menschliche Entwicklung 2005, Deutsche Ausgabe, Berlin.
- WANDLER, Reiner (2010): 80 Millionen EU-Bürger kommen kaum durch, in: Der Standard, 22.1.2010, Wien, S. 6.
- WIENER ZEITUNG (2009): Chinesische Milliarden für Afrika, 10.11.2009, Wien, S. 8
- WIENER ZEITUNG (2010): Ein paar volle Mägen mehr. Laut der FAO ist die Zahl der Hungernden auf der Welt erstmals seit 15 Jahren gesunken, 15.9.2010, Wien, S. 7.
- WORLD BANK (2003): Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy, Washington.  
[http://econ.worldbank.org/external/default/main?pagePK=64165259&theSitePK=469372&piPK=64165421&menuPK=64166093&entityID=000094946\\_0306190405396](http://econ.worldbank.org/external/default/main?pagePK=64165259&theSitePK=469372&piPK=64165421&menuPK=64166093&entityID=000094946_0306190405396)  
 [Stand: 23.5.11]

- ZIEGLER, Jean (2003): Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, Bertelsmann Verlag, München.
- ZIEGLER, Jean (2005): Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung, Bertelsmann Verlag, München.
- ZIEGLER, Jean (2008): Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind, Die Subventionen der EU fabrizieren den Hunger in Afrika, der Zynismus der Kommissare in Brüssel ist bodenlos. Eine solche Weltordnung muss radikal bekämpft werden. Print vom 27.4.2008  
<http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/Nahrungsmittelpreise-Afrika;art141,2520873>  
[Stand: 23.5.11]